



Aktueller Begriff Europa

Das Programm der maltesischen EU-Ratspräsidentschaft 2017

Am 1. Januar 2017 hat Malta für die erste Jahreshälfte 2017 den Vorsitz im Rat der EU (EU-Ratspräsidentschaft) von der Slowakei übernommen. Malta setzt damit die aktuelle Trio-Ratspräsidentschaft der Länder Niederlande, Slowakei und Malta fort. In ihrem Programm für die kommenden sechs Monate hat die maltesische Ratspräsidentschaft sechs Themenfelder als Schwerpunkte ihrer Arbeit herausgestellt: Migration, Sicherheit, der Binnenmarkt, soziale Eingliederung, Europas Nachbarn und Maritimes.

Malta erachtet den Verbleib des Themas Migration auf der politischen Tagesordnung für äußerst wichtig. Ziele der Ratspräsidentschaft in diesem Bereich umfassen eine Stärkung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, insbesondere durch eine Überarbeitung der Dublin- und der Eurodac-Verordnung, die Umgestaltung bzw. den Ausbau des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), die Umsetzung des Ratsbeschlusses über die Umsiedlung von 160.000 Migranten aus Griechenland und Italien innerhalb der EU sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Zu Letzteren zählt die Ratspräsidentschaft u. a. die europäische Investitionsoffensive für Drittländer (EIP – European External Investment Plan) und die Umsetzung des sog. Partnerschaftsrahmens für die Zusammenarbeit der EU mit Herkunfts- und Transitländern von Flüchtlingen und Migranten.

Um die Sicherheit der EU-Bürger zu schützen, sieht Malta eine wichtige Aufgabe der EU in einer effektiven Diplomatie. Hierfür will die Ratspräsidentschaft eng mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst im Rahmen der Globalen Strategie für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten. Zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität will sich die maltesische Ratspräsidentschaft auf die Weiterverfolgung des Strategieplans zur Verbesserung des Austauschs und des Managements von Informationen und gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Finanzierung des Terrors konzentrieren. Außerdem strebt Malta an, Fortschritte im Management der EU-Außengrenzen zu erzielen. Bedeutung soll dabei der Einrichtung eines EU-Systems zur Registrierung der Ein- und Ausreise von Drittstaatsangehörigen sowie der Schaffung eines EU-Reiseinformations- und Genehmigungsprogramms (ETIAS) zukommen. Weitere wichtige Punkte für die maltesische Ratspräsidentschaft sind Fortschritte bei der Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft und eine Verbesserung der Führung der Agentur Eurojust, die mit der Koordinierung der nationalen Justizbehörden in der EU in grenzüberschreitenden Strafverfahren befasst ist.



Im Bereich des Binnenmarkts will Malta insbesondere den Energie- und Digitalbereich voranbringen. Der digitale Binnenmarkt soll u. a. durch die Abschaffung von Roaming-Gebühren, Diskriminierungsschutz beim Einkaufen im Internet durch Maßnahmen im Bereich des Geoblocking und freies WLAN an öffentlichen Orten gefördert werden. Im Energiebereich plant Malta eine Überarbeitung des Energieeffizienzpakets und eine Verbesserung der Energieversorgungssicherheit. Zudem fokussiert sich die maltesische Ratspräsidentschaft auf den Investitionsbereich. Sie will den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) erweitern und bei der europäischen Gesetzgebung ein größeres Gewicht auf die kleinen und mittleren Unternehmen legen, beispielsweise durch die Schaffung eines weiteren Spektrums von Finanzierungsquellen durch Maßnahmen im Bereich der Kapitalmarktunion. Im Hinblick auf die Kapitalmarktunion beabsichtigt die Ratspräsidentschaft überdies, Fortschritte in den Diskussionen mit dem Europäischen Parlament über mehrere Rechtsetzungsakte zu erzielen.

Auch dem Bereich der Sozialpolitik möchte die maltesische Ratspräsidentschaft besondere Aufmerksamkeit widmen. Wichtig sind ihr die Gleichstellung der Geschlechter, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, und die Rechte von Minderheiten und gefährdeten Gruppen. Geplant sind eine Richtlinie zur Verbesserung des Geschlechterverhältnisses in den Vorständen börsennotierter Unternehmen, der Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt und eine Konferenz auf Ministerebene zu LGBTIQ-Themen.

Den fünften Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft Maltes bilden die Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten. Malta will den diesbezüglichen Fokus seiner Ratspräsidentschaft auf die Länder an der südlichen Mittelmeergrenze und deren Stabilisierung legen. Wichtig seien die Stabilisierung Libyens, der Nahost-Friedensprozess, die Beziehungen der EU zur Türkei, eine Unterstützung des demokratischen Wandels und der Stabilisierung Tunesiens, Maßnahmen bezüglich des Konflikts in Syrien sowie eine Vertiefung des Verhältnisses zwischen der EU und der Arabischen Liga insbesondere in den Bereichen Krisenmanagement, Terrorismusbekämpfung und Migration. Malta beabsichtigt eine Veranstaltung durchzuführen, um die Außenminister der EU mit den Außenministern der südlichen Nachbarstaaten und des Golf-Kooperationsrates in einem informellen Rahmen zusammenzubringen. Daneben bleiben aber auch die Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten der EU von großer Bedeutung.

Als Inselstaat legt Malta als sechsten Schwerpunkt ein besonderes Gewicht auf den Bereich Maritimes. Ziele der Ratspräsidentschaft sind eine kohärentere, umfassendere und effektivere EU-Politik zur Verbesserung der internationalen Meerespolitik und der Nachhaltigkeit der Ozeane sowie die Einleitung der sogenannten Initiative für das westliche Mittelmeerbecken. Zudem will sich Malta während seiner Ratspräsidentschaft mit Seetourismus und der Überarbeitung der Gemeinsamen Fischereipolitik sowie Rechtsakten im Bereich des Seeverkehrs befassen.

Der maltesischen EU-Ratspräsidentschaft folgt ab dem 1. Juli 2017 die EU-Ratspräsidentschaft von Estland.

Quellen: Programm der maltesischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union, online abrufbar (auf Englisch): http://www.eu2017.mt/en/Documents/NationalProgramme_EN.pdf
Programm des Dreivorsitzes (1. Januar 2016 bis 30. Juni 2017), online abrufbar:
<http://www.eu2017.mt/de/Pages/Programm-des-Dreivorsitzes.aspx>
(letztmaliger Abruf beider Quellen am 18. Januar 2017)